

Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 127



Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Hauptredakteur und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 42

Dienstag, den 6. April 1937

30. Jahrgang

Stalins Agrarsystem

Von Dr. habil. Reinhard Mautz, Leiter der Rechtsabteilung des Osteuropa-Instituts, Breslau.

Die Sowjetunion, die sich selbst mit Vorliebe als "sozialistischen" Staat bezeichnet, unterscheidet neben den noch widerwillig gebildeten Rechten des Privatgenügs noch Arten des Eigentumsbegriffes: das sogenannte Staats- und das sogenannte öffentliche Eigentum. Zum ersten gehören Grund und Boden, Bodenlässe, Gewässer, Fabriken und Verkehrsmittel, die voll verstaatlicht sind und vom Staat in eigener Regie verwaltet werden. Zum öffentlichen Eigentum wirtschaften u. a. in erster Linie die Betriebe der Kollektivwirtschaften mit ihrem gesamten Inventar. Die Kollektivwirtschaften werden (verfassungsmäßig festgelegt, Art. 7 Verf. 1936) nach dem "Stalinschen Agrarsystem", dem sogenannten Kolchozstatut von 1935, durch ihre Mitglieder verwaltet und betrieben. Die Gewinne aus dieser gemeinschaftlichen Arbeit werden, wie das Statut versichert, nach den von den Kolchosbauern erfüllten "Arbeitsleistungen" diesen zugeschrieben; den örtlichen Verwaltungsbüroden werden, um die ungefährte Arbeit dieser Agrarkommunen zu ermöglichen, alle Eingriffe in die Kolchosverwaltung untersagt.

Es gibt kaum eine Bestimmung des Sozialrechts der Sowjetunion, die die wahren Verhältnisse beider versteckt könnte als dieses "Stalinsche Statut". Es erwirkt den Staat, als ob die Kollektivwirtschaft wirklich nur Mitglieder angehörenden Bauern sei, als ob diese Organisation von der Landwirtschaftsteuer abgesondert, Herr einer wirtschaftlichen Enttäuschung sei, und als ob es den Staat gehörigen, ihm aber überhanden seien auf zwölf Seiten überlieferten Grund und Boden zu Nutzen und Nutzen seiner Mitglieder bearbeitete. Dieses vom Statut entworfene und propagandistisch so wirksam unterstützte Idealbild unterschlägt aber die eine, die ganze Raffinesse des Kolchosystems bloßzulassen: Tatsache: die Tatsache nämlich, daß die Erzeugung des Kolchos in den staatlichen Wirtschaftsplan auf das engste eingepaßt ist.

Alleiniger Produktionsverteiler und -regler ist der Staat. Erzeugung und Absatz vollziehen sich nach den sogenannten Wirtschaftsplänen. Nicht die Steigerung des öffentlichen Wohlstandes, sondern in erster Linie der Staat zur Begründung eines isolierten Staatskapitalismus, zur Sicherung der Unabhängigkeit der UdSSR und der Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit" beherrschen die sowjetrussische Planwirtschaft und richten diese aus. Sowjetrussische Planwirtschaft ist wirtschaftliche totale Mobilisierung zur Vorbereitung der "unabwendbaren Auseinandersetzung" mit den "kapitalistischen" Staaten des Westens. Ihr unterliegen nun nicht nur die von Staat in eigener Regie gehaltenen Betriebe, wie Sowjetwirtschaften, Industrie, Verkehrsmittel, sondern selbstverständlich auch die Betriebe des nicht staatlichen, aber öffentlichen Sektors, zu denen in erster Linie die Kolchos gehören.

Der Grund, warum trotz gemeinschaftlicher und gleicher wirtschaftlicher Aufgaben staatliche und öffentliche Wirtschaftssektoren geschieden werden, ist nicht schwer zu finden. Der wirtschaftliche, von der Sowjetwirtschaft allerdings stift abgeleitete Unterschied zwischen beiden ist der gleiche wie der zwischen "Wirtschaft in eigener Regie" und "Privateigentum". In eigener Regie bewirtschaftet der Staat diejenigen Betriebe, bei denen Konjunktur, Entwicklung und Erftrag ohne Rücksicht auf bestimmte Zuflüsse einigermaßen sicher im voraus berechnet werden können (industrielle Unternehmungen); "privat" vergibt die UdSSR diejenigen Wirtschaftsformen, bei denen das RIS (Ministerium) eine ungeahnt größere Verantwortung hat. Hieraus erlässt sich — besonders augenscheinlich wird dies bei dem langsam, aber sicheren Abschneiden der wenigen rein staatlichen Landwirtschaftsbetriebe (Sowchos) — dieses "Stalinsche Agrarsystem": der Bauer ist zum Landarbeiter degradiert worden; die auf den ersten Blick selbstverständliche Folge, daß der Staat als (wirtschaftlich gesetzen) Unternehmer nun auch das RIS dieser Wirtschaftsformart trägt, wird durch das Stalinsche Agrarsystem umgangen: Der sowjetrussische Bauer ist Landarbeiter und trägt außerdem selbst das gesamte RIS seiner Arbeit. Der Staat zieht die Produktion ein, ohne das RIS für Mißserfolge zu tragen.

Die praktische Durchführung dieses überaus eigenartig anmutenden "sozialistischen" Grundrisses ist in seiner Glatte Brutalität überaus einschlägig. Der Plan bestimmt an Hand der bisherigen, auf weit überdurchschnittliche Erzeugung zugeschnittenen "Kontrollzahlen" — die kommende Aussaat. Der Plan bestimmt die Menge der vom Kolchos zur Ablieferung zu bringenden Erzeugnisse. Die Ablieferung erfolgt nicht an den Staat direkt, sondern an die örtlichen Organe des landwirtschaftlichen Beschaffungsausschusses, dem seinerseits wieder — in einer einleitig zum Nachteil des Bauern vorgenommenen Tauschverabredung — die Vorratssicherung des Kolchos, dessen Versorgung mit technischem Material usw. obliegt. Diese Planmenge muß unter allen Umständen eingehalten werden — Mißertaten und andere Naturereignisse sind "Zulässigkeiten", die den Staat nicht interessieren, denn dieses RIS ist ja schließlich die eigentliche Ursache dafür.

Raffiniertes Tarnungsmanöver

Air France im Dienste der Neutralitätsbrecher

In welcher Art die französischen Volksfrontregierung die Londoner Abmachungen über die Niederschließung in die spanischen Vorgänge aufzufassen beabsichtigt, geht aus einer Schilderung des Pariser "Jour" hervor, in der in allen Einzelheiten der ununterbrochene Flugzeugschmuggel nach dem bolschewistischen Spanien und die kaum noch gehemmte Ausbildung von annähernd 200 bolschewistischen Flugschülern geschildert werden.

Das Blatt gibt insbesondere dem Außenminister Delbos den Rat, wenn Frankreich in der Niederschließungsfrage sein Wort zu halten beabsichtige, sich mehr mit der französischen Luftfahrtgesellschaft Air France zu beschäftigen, die unter dem Druck des Luftfahrtministers Cot auf ihren Anlagen und in ihren Hallen und Büros diese Neutralitätsverletzungen gestatte.

Die geschmuggelten Flugzeuge seien in erster Linie holländischer oder englischer Herkunft. Sie kämen in Orléans, Moulins und Le Bourget unter Führung ausländischer Piloten an und würden von dort aus durch Frankreich nach Toulouse und weiter nach Barcelona geleitet. Die französischen Flieger erhielten für die erste Etappe 1000 und für die zweite 1200 Franken. Außerdem belämen sie 60 Franken Tagesspesen; für die Rückfahrt werde ihnen die 1. Klasse vergütet. In Toulouse sorge ein früherer Angestellter der Air France für die Weiterbeförderung der Flugzeuge. Für den Anlauf der Maschinen sei eine eigene Aktiengesellschaft gegründet worden. Eine zweite Aktiengesellschaft sorge für die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den Kolonien und Bilbao.

Seit dem Inkrafttreten der Neutralitätsbestimmungen seien in erster Linie holländische Maschinen über die Grenze gegangen. Von Tapp Kooijhaven, der als Jagdflugzeug verwendet werde, seien 16 von 25 bestellten Maschinen bereits geliefert. Ein Schweizer Flieger bringe sie nach Le Bourget oder Moulins. Zur Tarnung erhalte er dort eine Pfeife, um seine Maschine abgeliefert

dass der "sozialistische" Staat es vorgezogen hat, für die Landwirtschaft das oben geschilderte System zu erfinden.

Nach dem Kolchozstatut und den Wirtschaftsplänen sind natürlich bei den Ablieferungen (die in Form von Zwangslieferungsverträgen, sog. "Kontraktationen" erfolgen) die Erzeugungsmengen vorgesehen, die dem Kolchoz auch nach Ablieferung der Pflichtmengen zur Neuversetzung und letztlich auch zur Durchfütterung seiner Mitglieder bis zur nächsten Ernte verbleiben sollen. Auf diese "Reserven" kann aber bei der Durchpeitschung der Pläne keine Rücksicht genommen werden; allenfalls werden — denn sonst könnte ja der "Kontraktionsvertrag" des nächsten Wirtschaftsjahres gefährdet werden — die Saatgutmengen sichergestellt; dagegen muß die Eigenversorgung der Kollektivwirtschaft rücksichtslos hingestellt werden. Es klärt wie ironie: die Hungernöte der letzten Jahre haben sich nirgends katastrophal ausgewirkt als auf dem flachen Lande, in den Kornlammern des Staates unter der Masse der Kolchosbauernschaft. Hier wurde der letzte Eigenbedarf ausgelöscht und ausgepeucht, um Ausfuhr und Stadtbevölkerung zu versorgen; der Kolchosbauer blieb auf das angewiesen, was ihm seine winzige "Auslandswirtschaft" gab, die er allein, außer seiner Pflichtarbeit im Kollektiv, nebenbei betreiben konnte.

Immerhin — man müßt sich, den Schein des Rechts zu wahren. Die Ablieferung auch der letzten Mengen erfolgt "freiwillig", auf Grund von "Verträgen". Daß diese Verträge "gesetzliche Kraft" haben, daß sie den Kolchos von den örtlichen Beschaffungsorganisationen aufzugeben werden, und daß im Falle ihrer Nichterfüllung oder vielmehr Nichterfüllbarkeit die Leiter der Kolchose schwer bestraft und Begnadigung der Getreidereste, "im unstrittigen Verfahren" erfolgt — das steht zwar in den Ausführungsbestimmungen, nicht aber in dem Kolchozstatut selbst. Denn dieses darf ja auf seine propagandistische Wirkung nicht verzichten.

"Hier spricht Sowjetrußland"

Sowjetsendungen des deutschen Rundfunks.

Am 6. April 1937, in der Zeit von 19.45 Uhr bis 20 Uhr, seien die Reichssender Berlin, Hamburg, Leipzig und Köln die Ausstrahlereihe des deutschen Rundfunks "Hier spricht Sowjetrußland" fort. Das Sendeprogramm ist aus sowjetrussischen Pressestimmen zusammengestellt und beleuchtet schlaglichtartig die inneren Verhältnisse der Sowjetunion. Von den Sowjetbehörden öffentlich zugängliche Mitteilungen enthalten das wahre Gesicht dieses Staates und zeigen die Verlogenheit der bolschewistischen Propaganda auf.

Seit Jahren sendet Sowjetrußland über seine Anlagen in 60 verschiedenen Sprachen Verleumdungen und Falschmeldungen in die Welt. Interessen und selbstverständliche Belange anderer Länder werden dabei rücksichtslos übersehen. Die Rübe tremt vor der Sowjetunion.

habe und daß sie „nicht für Spanien bestimmt“ sei. Gleichzeitig werde dem Flieger dann ein Schein ausgeteilt, der auf die französischen Außenhandelsbank mit den nordischen Ländern lautet.

Als weitere Vorsichtsmaßnahme werde von dem Flieger sogar jedesmal der Gutschriftzoll für die nach Frankreich gelieferte Maschine entrichtet. Bis dahin habe die ganze Lieferung also einen noch vollkommen ordnungsmäßigen Anflug. Erst in Toulouse beginne der Schwund: Mit der Abfahrt, nach Orléans zurückzufahren, „verliere“ der neue Flieger die Richtung und lande... in Barcelona. Dort erhalte er von den Flugplatzbehörden eine Befehlung, daß seine Maschine „bei der Landung zu Bruch gegangen“ sei.

Weiter seien vor einigen Tagen 15 amerikanische Maschinen vom Typ Bulté der American Airline in Le Havre eingetroffen. Auf dem Flugplatz Havre-Bessin würden die Maschinen augenblicklich in Stand gesetzt. Man behauptet auf dem Flugplatz, daß die Flugzeuge während der Weltausstellung und während der englischen Rennfahrtsfeierlichkeiten auf der Strecke Paris-London Verwendung finden sollten. Es sei jedoch kaum anzunehmen, so meint das Blatt, daß die französische Air France eine derartige Konkurrenz auf ihrer eigenen Strecke, und dazu noch durch amerikanische Maschinen, dulden würde.

Auch die Lieferung von Panzern wird fortgesetzt. So seien am 31. März von einem Mitarbeiter des Blattes 16 Panzermägen beobachtet worden, die über den Saint Mandé-Pas nach Katalonien gerollt seien.

Unter dem Deckmantel „zur Förderung des Volksflugsports“ würden schließlich etwa 200 spanische Börsenwagen in Frankreich ausgebildet, u. a. 20 auf dem Flugplatz von La Garenne, 10 in der Potez-Fliegerschule bei Orléans, 36 im Aero-Klub von Moulins, 38 im Fliegerlager von Gouzonviers, 24 in der Zivilfliegerschule von Orléans und 55 in der Henriot-Schule von Bourges.

versucht Moskau damals zu erräumen, daß sie nur an die völkischen Minderheiten innerhalb der Grenzen der UdSSR gerichtet seien, aber alle Welt hat dieses Gebaren längst durchschaut.

Die Sendereihe „Hier spricht Sowjetrußland“, die allwöchentlich Dienstag stattfindet, wird mitteilen, daß wahre Bild des Bolschewismus aufzuzeigen und ihn als das hinzustellen, was er ist: Weltfeind Nr. 1.

Ein vielsagender Vorwurf

Moskau vom Belgrader Ergebnis sehr „enttäuscht“.

Die Ergebnisse der Belgrader Konferenz der kleinen Entente hinterließen in Moskaus politischen Kreisen eine große Enttäuschung. Die offizielle „Sowjetija“ befiehlt lebhaft, daß der Versuch der französischen Diplomatie, die zwischen den Staaten der kleinen Entente bestehenden Verträge auf die gegenwärtige militärische Verständigung auszudehnen, an dem Widerstand Jugoslawiens und Rumäniens gescheitert sei.

Jugoslawiens Absehung wird das Blatt als Preis für den neuen Vertrag Belgrads mit Rom erklären können, während Rumäniens Haltung als „sehr wenig klar“ bezeichnet wird. Den Ausgang der Belgrader Besprechungen legt das Blatt als Wirkung der Akte Berlin-Rom aus, „leider nicht erfolglos geblieben“ sei.

Die „Prawda“ schreibt, die kleine Entente stehe am Kreuzwege. Das Blatt sagt mit deutlichem Vorwurf an die Adresse der Westmächte hinzu, ob die kleine Entente sich halten werde, hänge nicht nur von ihren Mitgliedern, sondern in erster Linie von der Politik der an ihrem Bestehen interessierten Großmächte ab. Solange diese selbst sich gegenüber dem „Angreifer“ nachgiebig oder unentlochen zeigten, würden die Kleinmächte ihre Rache logischerweise in Geschäft mit dem „Angreifer“ suchen. — Wer die Sowjet hier summarisch als „Angreifer“ diffamieren, bedarf keiner näheren Erläuterung.

Dr. Beneš in Belgrad

Der Präsident der tschechoslowakischen Republik, Dr. Beneš, traf zu dem angekündigten Staatsbesuch in Belgrad ein. Ihm wurde ein großer Empfang bereitet.

Zum Empfang Benešs hatten sich Prinzregent Paul mit seiner Gattin und die Mitglieder des Regierungskabinetts Dr. Stanovitsch und Dr. Perovitsch am Bahnhof eingefunden. Die Mitglieder der Regierung mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze begrüßten den Präsidenten im Fürstensaal des Bahnhofs. Nachdem Dr. Beneš und Prinzregent Paul die Front der Ehrenkompanie abgeschritten hatten, fuhren sie zum Alten Schloß, wo Dr. Beneš Wohnung nahm. Die Hauptstraßen der Stadt sind reich gesägt.

Spangenberg, den 6. April 1937.

Heimat

Es gibt wenige Worte, die so viel von ihrem anzen
jungen Leben zu sagen wissen wie das alte und doch immer
lebende Wort "Heimat". Vielleicht noch eins kommt ihm
die Liebe des Menschen! Eine Heimat hat der junge
Gesamtbürger von der ersten Stunde seines Lebens an.
Er erwähnt sie nicht, er kann sie nicht aus seinem Gedächtnis
entfernen. Und das kleine aber große Haus, der
gute Vater, der Sohn, die Mutter, sie sind ein
stetiges Heimat. Heimat spricht ihre eigene Sprache: ein
stetiges, verlässliches, vielleicht manchmal auch rauh, aber
stets feierlich. Eine Sprache, die der Mensch nie vergessen
wird, die ihm in fremden Landen Vertraut und Wegweiser
sein wird. Heimat, das sind die alten Winkel der Stadt,
und die Tore der Vorstädte, die die Majestät des Lebens
in bewegten Straßen und Gassen. In die Majestät des
Todes draußen oder droben auf dem Gottesacker, alwo
die kleinen ruhen, die uns nahe genefen, die vor uns
aus dieser Heimat in die ewigdauernde eingegangen sind.
Die Heimat, das ist die Wurzel all unseres Tuns. Wie die
Mutter, die sie paart mit unermüdlicher Tatkraft, die dann
wieder, ruhig, für sie zu werten, das ist unseres Daseins Sinn,
bis die Stufen traurig läutern und wir Abschied nehmen
im Grunde unserer Heimat!

Sollen wir unser Kind zur Schule schicken?

Von Hauptlehrer Gutermuth

Diese Frage ist mir in den letzten Tagen wiederholt
vorgelegt worden. Ich halte sie für so wichtig und so im
Interesse vieler Eltern gelegen, daß es mir notwendig er-
scheint, sie einmal eingehender mit Ihnen zu besprechen.
Die Schulpflicht beginnt mit dem 6. Lebensjahr, d. h.
alle Kinder, die bis zum 30. Juni 6 Jahre alt werden,
müssen ab Ostern in die Schule. Es können aber auch
noch Kinder aufgenommen werden, die bis Ende Septem-
ber das 6. Lebensjahr vollenden, wenn sie körperlich und
geistig so entwickelt sind, daß anzunehmen ist, daß sie an
dem Unterricht des 1. Schuljahrs mit Erfolg teilnehmen
können. Über die Ausnahme dieser Kinder entscheidet der
Schulrat in Einvernehmen mit dem betr. Lehrer. In
weiten Kreisen der Elternschaft herrschen hierüber noch
mangelnde Unklarheiten, sodass Kinder, die nicht gerade
offenstehende körperliche und geistige Schwächen aufweisen,
unbedenklich zur Schule geschickt werden.

Über die Gründe, die Eltern Veranlassung geben
ihre Kinder vor Vollendung des 6. Lebensjahrs zur
Schule zu schicken, sei hier einmal aus der Erfahrung ge-
sprochen, oder wie man so zu sagen pflegt "aus der
Schule geplaudert". Sehr häufig ist es der Wunsch vieler
Eltern, das aufgeweckte und lebhafte, und desshalb zeit-
weilig lästige Kind aus dem Hause zu wissen. Andere Eltern
meinen, weil Nachbars Kinder, der einzige Spiel-
kamerad, zur Schule läme, so müsse das Kindchen auch
dabei sein. Bei wieder anderen Eltern ist der Gedanke,
daß das Kind ja dann auch wieder früher aus der Schule
und ins Erwerbsleben komme und verdienen könne, mög-
lichend. Das auch die Eitelkeit mancher Eltern und Ver-
wandten, daß der begabte Junge schon so früh etwas kann
und zum Studium komme, eine Rolle spielt, sei der
Herausfindigkeit wegen erwähnt. Keiner dieser Gründe bringt
den Kindern den erwünschten Vorteil für das Leben, sie
wirken sich im Gegenteil fast durchweg nachteilig aus,
Glaubnahmen, die man sie und da ansah, belügen nichts,
sie bestätigen nur die Regel.

Seit einer Reihe von Jahren haben darum viele
Eltern und Lehrer die Auffassung vertreten, daß für unsere
deutschen Kinder das Schuleintrittsalter nicht vor dem
vollen 6. Lebensjahr liegen darf. Gingeende Untersu-
chungen und Beobachtungen haben ergeben, daß die Kin-
der, die früher zur Schule geschickt werden, in irgend einer
Form Schaden erleiden. Das Schulleben bedeutet für das
Kind einen ganz wesentlichen Einschnitt in das Leben.
Man denkt doch bloß an die grundfältigen Umstellungen,
die ein anderes geregeltes Tagesverlauf und eine neue
Tageszeitstellung mit sich bringen: Das frühe Aufstehen, die
grundverschiedene Tätigkeit, das lange Stillstehen, die andere
Regelung der Mahlzeiten, die vielen neuen Eindrücke, die
seelischen Bewegungen und Erregungen. Alle diese Mo-
mente sind von viel größerer Wirkung auf den kindlichen
Organismus, als dies bei einer oberflächlichen Betrachtung
erscheint. Die mancherlei Unpraktizitäten, die blaue Ge-
schäftsfarbe, die Ermüdungserscheinungen die sich im ersten
Schuljahr erneut lassen, sprechen doch deutlich genug.
Sehr häufig aber wirkt sich manches erst in den Entwick-
lungsjahren aus und wird da als nebenfächlich in Kauf
genommen, obgleich es viel schwerwiegender ist.

Auf Grund dieser Beobachtungen und deren Folgen
rate ich dringend, kein Kind, das nach dem 1. Juli das
6. Lebensjahr vollendet, zur Schule zu schicken. Meine
Kinder sind beide ein Jahr später zur Schule gekommen,
und es ist nicht mein und erst recht nicht ihr Schaden ges-
wesen. An Dingen, von Beispiele kann ich hingegen
die Tatsache belegen, daß zu früh aufgenommenen Kinder
während ihrer ganzen Schulzeit die Sorgenfnder der
Eltern und Lehrer waren, daß sie nicht mitarbeiten kön-
nen und schließlich agieren mußten.

Damit dürfte die Frage "Sollen wir unser Kind zur
Schule schicken" für die Eltern genügend und klar beant-
wortet sein.

— Reichsarbeitsdienst. Wieder ist ein neuer
Jahrgang von Arbeitsdienstpflichtigen bei uns eingezogen,
wieder haben weit über Hundert junge Männer ihren
Willensherrn bestellt, um dem Volke auf ein halbes
Jahr ihre Kraft zu schenken. Wir sehen sie immer wieder

kommen, die ihnen immer wieder dankbar für ihren Dienst am Volke. Jetzt heißt es für sie einige Wochen Pause halten; sie müssen erst lernen, wie sie sich als Arbeitsmänner draußen zu bewegen haben. Und wenn sich dann die Schranken wieder öffnen zum ersten Ausgang, dann werden sie hier draußen bestimmt mit offenen Armen empfangen werden.

— Kreisliches in Melsungen. Am Sonntag
stand auf dem Schießstand in Melsungen zum Abschluß
des Winterhalbjahres ein Mannschafts-Geländeschießen der
Kleinlandbergladungskreis des Kreises statt. Geschossen
wurde auf Böller und Kopfscheiben nach Punktierung.
Auch unsere Spangenberg-Schützen waren mit zwei
Mannschaften vertreten. Wie bringen hier die fünf besten
Mannschaften: Melsungen 1. 171, Spangenberg 2. 165,
Spangenberg 1. 161, Empershausen 2. 152 und Malsfeld
2. 160 Punkte. Melvin gerechnet war die Spangenberg-
zweite Mannschaft die beste des Tages. Während die
Melsunger vier Fehler schossen ging bei unseren Schützen
nur eine Kugel fehl. Das ist dennoch nur an zweite Stelle kamen, ist darauf zurückzuführen, daß ungerechterweise ein Fehler im Ballonchießen zehn Minuspunkte er-
gab, während ein solcher auf Kopfscheiben nur mit einem
Minuspunkt berechnet wurde. Trotzdem gratulieren wir
unseren wackeren Schützen zum zweiten und dritten Platz.

— Besuch aus Steiermark. Die Gruppe Spangenberg im Volksbund für das Deutschkum im Ausland
empfing am Sonntag nachmittag aus dem Bahnhof zwanzig
Burschen und Mädels aus der Steiermark, die sich die
Aufgabe gestellt haben, die Verbindung der Deutschen
jenseits der Grenzen mit dem Mutterland zu festigen. Mit
schwiederer Marokkust der Feuerwehrkavalee wurden sie
auf den Marktplatz geführt, wo ihnen Gruppenleiter Dr.
Böller ein herzliches Willkommen darbot. Auch Bürger-
meister Fenner begrüßte die jungen Freikreisler auf das
herzlichste. — Am Abend stand im Schützenhaus ein Volks-
festabend statt. Schon lange vor Beginn war der Saal
dicht besetzt. Von Schallplatten hörten wir eindringende
werbende Worte für das Deutschkum im Ausland. Im
ersten Teil gaben uns dann die Gäste in Form eines um-
fangreichen Sprechchores einen Rückblick auf die deutsch-
österreichische Geschichte, während sie im heiteren Teil
Sitten und Gebräuche ihrer Heimat vorführten. Die lustigen
Gesänge und uralten Volksländje wurden von den
Besuchern mit Beifall aufgenommen; größte Heiterkeit
lieferte auch der Watschentanz aus. Höchstbedauerlich ist es
nur, daß durch die schlechte Wohlensbeschaffenheit der wür-
digste Hintergrund fehlte und vor allem die mangelhafte
Beleuchtung an "Großvaters Zeiten" erinnerten. Trotzdem
wurde unseren Steiermärkern Volksgenossen am Schlus-
reicher Beifall gespendet. Bürgermeister Fenner dankte
dann den ausländischen Deutschen für ihre Darbietungen und
wünschte ihnen den besten Erfolg für ihre hohe Aufgabe.
Ein dreifaches Siegheil auf den Führer und die deutschen
Völker beendigten die Werbeveranstaltung des BDA.

— Werkpause am Schloßberg. Die frischen
Steiermärker Mädels besichtigten die bissige Handweberei
und ließen es sich bei dieser Gelegenheit nicht nehmen,
die Gesellschaft des Betriebes mit einigen schönen Liedern
zu erfreuen. Diese aus dem Steigkreis veranstaltete Pause
fand ein dankbares Publikum und vergnügte Gesichter.

— Vom Landjahr. Am 9. April werden wieder
80 Berliner Jungen nach Spangenberg kommen, um im
Landjahr das neunte Schuljahr zu absolvieren. Die Land-
wirtschaft der Umgebung wird an ihnen wieder eine treue
Hilfe finden, wenn es gilt, dem Boden die Schäze zu ent-
ziehen. Mägen sich die Großstadtmenschen in unseren Mau-
ern wohl fühlen.

Allerlei Neuigkeiten

Eisenbahnunfälle am laufenden Band. Die Zahl der To-
ten bei dem schweren Eisenbahnunglück auf der Londoner
Südbahn hat sich auf zehn erhöht. Am Sonntag ereignete
sich in der Nähe von Seven Dials in der Grafschaft Kent wiederum
ein leichter Zugunfall, bei dem aber niemand verletzt wurde.

Bombenanschlag auf eine Kirche. Der Pariser "Matin"
erichtet aus Montpelier, daß in einer Kirche in der Nähe
der Stadt von Umbenannten eine Bombe zur Explosion ge-
bracht worden sei, die jedoch nur geringen Sachschaden ange-
richtet habe.

Englischer Dampfer gesunken. Der englische Kohlen-
dampfer "Alder" sankte und sank in der Nähe von Carling-
ton Lough, nachdem er in die Seele Reb mit einem anderen
englischen Dampfer zusammengefahren war. Fünf Mann der
Besatzung und die Frau des Kapitäns ertranken. Drei Mann
könnten durch das andere Schiff gerettet werden.

Amerikanisches Passagierflugzeug verschollen. Ein in
Burbanks in Kalifornien mit acht Personen nach Kansas
City gestartetes Douglas-Passagierflugzeug ist seit fast zwei
Tagen überfällig. Es wird befürchtet, daß die Maschine über
Arizona in ein dort herrschendes Schlechttiergebiet geraten
ist und dort abgestürzt. Das Flugzeug sollte nach New York
übergeführt werden, um für Royal Dutch nach Holland ver-
schickt zu werden.

Alloholverbot für Jugendliche

Genaue Beachtung der Anordnungen.

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen
Polizei, Himmler, macht in einem Rundschreiben den Polizei-
behörden aufs Pflicht, mit Nachdruck darüber zu wachen,
daß die nach § 16 des Gaststättengesetzes zum Schutz der
Jugend bestimmten Anordnungen genau beachtet werden.

Der Erlass erinnert daran, daß der Ausschank von
Brauwein oder überwiegend brauweinähnlichem Ge-
nussmittel im Betriebe einer Gast- oder Schankwirtschafts-
oder im Kleinhandel an Personen, die das 18. Lebensjahr
noch nicht vollendet haben, zu eigenem Genuss verboten ist;
daß ferner die Verabreichung von geistigen Getränken
oder Tabakwaren an Personen, die das 16. Lebensjahr
noch nicht vollendet haben, zu eigenem Genuss in Ab-
wesenheit des zu ihrer Erziehung Berechtigten oder seines
Vertreters ebenfalls verboten ist.

Weiter wird an die in allen deutschen Landesstiften
bestehenden polizeilichen Anordnungen erinnert, die eine
Teilnahme Jugendlicher an öffentlichen Tanz- und Luststän-
derten verbieten. Auch für die Befolgung dieser An-
ordnungen sollen die Polizeibehörden mit Nachdruck
Sorge tragen.

Gesunde Invalidenversicherung

100 Millionen mehr an Leistungen.

Wie die Angestelltenversicherung hat auch die Invaliden-
versicherung im Jahre 1936 einen günstigen Verlauf
genommen. Der Geschäftsjahresbericht des Reichsversicherungs-
amtes teilt mit, daß die Einnahmen aus Witrägen weiter
erheblich gestiegen sind, und in jedem Monat über denen
des Vorjahrs lagen.

Die Gesamtabgabedienstnahme des Jahres schließt mit
rund 1044 Mill. Reichsmark ab und übersteigt damit das
Vorjahrsergebnis um etwa 100 Mill. RM. Die Gesamt-
leistungen der Invalidenversicherung betrugen fast 1200
Mill. RM. Sie entfielen überwiegend auf die Leistungen
für Renten. Das Vermögen der Invalidenversicherung
sollte sich im Laufe des Jahres erheblich erhöht.

Nicht nur die starke Ziegerung der Vertragseinnah-
men, sondern auch der Umstand, daß die Rentenleistungen
nur geringfügig zunahmen, wirkte in dieser Richtung. Der
Bestand an Invalidenrenten betrug am 1. Januar 1937
rund 24,6 Millionen, etwa 15 000 mehr als am Beginn des
Jahres 1936. Außerdem ist nur die Zahl der Witwen-
renten um etwa 18 000 auf 630 000 gestiegen. Die Zahl
der zukunftsberchtigten Kinder fiel von über 300 000 auf
267 000, die Zahl der Altersrenten von 311 000 auf
294 000, die Zahl der Altersrenten von mehr als 21 000 auf
knapp 18 000, und auch die Zahl der Krankenrenten
ging um etwa 1000 auf knapp 13 000 zurück.

Die Höhe des Vermögens der Invalidenversiche-
rungsträger ist für Ende 1936 auf 1950 Mill. RM. ge-
schätzt worden. Der Überschuß der Einnahmen über die
Ausgaben wird auf etwa 330 Mill. RM. veranschlagt.

Gegen jede militärische Verpflichtung

Stellungnahme der slämischen Frontkämpfer.

Der Verband der ehemaligen Frontkämpfer (V.O.S.)
hat in Brüssel einen Kongreß abgehalten, bei dem ver-
schiedene Beschlüsse zur politischen Lage gefasst wurden.
In einer Entschließung zur Außenpolitik wird auf die
vom Verband in den letzten Jahren durchgeführte "Zos-
von-Frankreich-Bewegung" hingewiesen und festgestellt,
daß die Außenpolitik Belgiens sich seit dieser Zeit zwar
in der vom Verband angegebenen Richtung bewegt, daß
jedoch das französisch-belgische Militärakommen noch an-
gewendet werde. Der Verband fordert, daß die unbedi-
ngt und neutrale Außenpolitik nicht eine Vermehrung
des militärischen Apparates zur Folge haben dürfe. In
der Aussprache über diese Entschließung wurde auf den
Bezug König Leopolds in London hingewiesen.

Die Befreiungen hätten sich zwar auf die künftig
Neutralität Belgiens bezogen, es steht aber fest, daß
Frankreich und England bestimmte Bedingungen stellen
würden. Darum müsse der Verband der slämischen Front-
kämpfer alle Verpflichtungen militärischer Natur ablehnen.

In einer zweiten Entschließung wird eine einseitige
Landesverteidigung verworfen und die Lösung des
belgischen Landesverteidigungssystems von dem gegen
Deutschland gerichteten französischen Landesverteidigungs-
system, in das die belgische Landesverteidigung eingeschlos-
sen sei, gefordert.

Wer kann NS-Schwester werden?

Als beste Vorbildung zum NS-Schwesterberuf ist es
zweifellos anzusehen, wenn ein junges Mädchen bereits
durch die Schule des BDA und des Arbeitsdienstes ge-
gangen ist. Hier hat sie alles gelernt und erlebt, was als
innerer Grundlage die Voraussetzung für das Lebens-
berufes sein muß: Kameradschaftlichkeit und Disziplin und
die völkige Verwachsen- und Verwurzelten mit den
Idealen, nach denen sich unsere deutsche Zukunft gestaltet.
Außerdem ist von den Mädels, die aus diesen beiden Or-
ganisationen hervorgegangen sind, anzunehmen, daß sie
körperlich hinreichend gekräftigt und abgehartet sind,
um auch in dieser Hinsicht den Anforderungen des Be-
rufes gewachsen zu sein.

Fehlt aus irgendwelchen Gründen diese sehr
wichtige Vorbildung, so wird doch als unerlässlich ge-
fordert, daß das junge Mädchen die folgenden Bedingun-
gen erfüllt: Nachweis des deutschen oder artverwandten
Blutes, der deutschen Staatsangehörigkeit und politischer
Zuverlässigkeit (selbstverständlich darf es nicht vorbeirätselt
sein). Ferner bedarf es einer guten Schulbildung bzw.
abgeschlossener Volkschulbildung und gründlicher haus-
wirtschaftlicher Kenntnisse, die, sofern sie noch fehlen, durch
ein halbes oder ein ganzes Schuljahr in einem
Mittelschule im Bereich des NSB erworben werden, wobei es
auch die Begelegenheit hat, sich in die Aufgaben der
NS-Volkswohlfahrt einzubauen.

Das junge Mädchen soll bei der Aufnahme nicht
unter 18 und nicht über 28 Jahre alt sein. Die
eigentliche Lehrzeit umfaßt zwei Jahre, von denen den
ersten geringe, das zweite keine Kosten verursacht. Bei
Mittellosigkeit der Eltern und besonderer Eignung der
Tochter kann außerdem ein Stipendium gewährt werden.

Die sehr gründliche und vielseitige Ausbildung
schließt mit dem Staatsberamen, nach welchem sich die jun-
gen Schwestern verpflichten müssen, mindestens zwei Jahre,
im Dienst der NS-Schwesterlichkeit tätig zu sein. Jedoch
werden sie nach Ablauf dieser Frist bereits so mit Leib
und Seele in ihrem schönen Beruf aufgegangen sein, daß
sie glücklich sein werden, noch ein ganzes Leben vor sich zu
haben, um in ihm wirken zu können. Es seien denn, daß ein
anderer Beruf oder besser gesagt, die große Berufung der
Frau, ihre Rechte oder besser macht — Ehe und Mutterchaft.

*) Nähere Ausführungen über alle Einzelheiten erteilen
die Kreis- und Gauamtstellen der NSB.

Der Sohn des englischen Ministerpräsidenten Baldwin,
Oliver Baldwin, ist von der Labourpartei als ihr Kandidat
für die kommenden Wahlen im Bezirk Paisley aufgestellt
worden. Oliver Baldwin, der Mitglied der Labourpartei ist,
hatte hier bereits einmal kandidiert, war aber von dem libe-
ralen Kandidaten mit einer Mehrheit von 399 Stimmen ge-
schlagen worden.

Wir suchen noch

einige jüngere Mädchen

für leichte Arbeiten in der Lackerei

Ellrich & Münz

Naumburger Beitung für Gemeinschaftsschule / Brief eines Dozenten an Gauleiter Bürdel
Die Abstimmung über die Gemeinschaftsschule im Gau Saar-Pfalz brachte bekanntlich eine Mehrheit von mehr als 90 %. D. die Einführung der Gemeinschaftsschule. Die Folge war eine große Zahl von Angriffen aus der katholischen Geistlichkeit gegen die Lehrerschaft des Gau Saar-Pfalz, die mit der unparteiischen Durchführung der Abstimmung beauftragt worden war. Dem Antrage des Gau Saar-Pfalz ist jeder einzelne der von der Geistlichkeit angeführten Fälle unterstellt worden.

Im Verlauf dieser Untersuchung haben nunmehr die einzelnen Geistlichen Erklärungen abgegeben, in denen sie ihre Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen und feststellen, dass sie unvölkige Behauptungen aufgestellt hätten. Sie hätten sich durch falsche Informationen zu diesen Behauptungen verleiten lassen. Die NSD. Rheinfront veröffentlicht diese Erklärungen im Wortlaut.

Gleichzeitig erscheint in der „NSD. Rheinfront“ ein Brief eines fahrenden katholischen Geistlichen an Gauleiter Bürdel. In diesem eindrucksvollen Brief spricht sich der Geistliche für die Einführung der Gemeinschaftsschule aus. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Gauleiter!

Ich habe heute abend Ihre Rede aus Kaiserlautern im Kabinett gehört. Als katholischer Geistlicher darf ich Ihnen

Worte von Herzen. Sie sind mir aus der Seele gesprochen. Als Kind des deutschen Staates, für das ich in schwerster Kämpf in der zu Saarland gehaltenen Gedenkpredigt — gegen die Separatisten, vor allem gegen die im tierischen Gewand, eingerettet bin, unterstelle ich moralisch Ihre Ausführungen. Deutschland und insbesondere das Saarland muss von solchen Elementen, die so kleine Anzahl zum Religionssymbol bilden (Herr Frankenthal), gesäubert werden. Diese katholisch-politischen Kreise müssen nach Altbayern, Merlo oder noch besser nach Spanien auswandern, wo sie es als Gnade Gottes ansehen würden, wenn sie in Gemeinschaftsschulen Religionsunterricht erhielten.

Wie katholischen Geistlichen, die wie in nicht geringer Zahl auf dem Boden des Nationalsozialismus stehen, haben kein Katholizismus. Wir wollen eins und allein als Christen Gott und Vater in Treue dienen. Wir nehmen öffentlich Stellung gegen alle Heer im geistlichen Gewand, die ihre Amtsstellung missbrauchen, um von der Kanzel herab unter dem Deckmantel: „Die Religion ist in Gefahr!“ den nationalsozialistischen Staat zu bekämpfen. Diesen deutschnationalen Verbrechern gegen Gott, Führer und Staat muss das Handwerk gelegt werden.

Als Geistlicher, der vier Jahre lang in Vorreitern an einer Gemeinschaftsschule tätig war, muß ich mich auch öffentlich gegen die Behauptungen wenden, daß an der Gemeinschaftsschule die Kinder religiös schlechter betreut werden als an einer Konfessionsschule. Als Dozent an der Hochschule für Lehrerbildung in Pasing kann ich Ihnen über die religiöse Schule nur sagen, daß

1. regelmäßiger Religionsunterricht erteilt,
2. Gelegenheit zum Empfang der hl. Beichte und Reconciliation gegeben und
3. der Besuch der hl. Schule regelmäßiger ermöglicht,
4. In jedem Schulzimmer hängt ein Kreuz,
5. am Beginn und Ende des Unterrichts wird gesungen.

Ich hoffe und wünsche als deutscher Geistlicher, dass die, die Sie jederzeit und überall, auch in der Welt, vertreten, den leidigen Schulkampf und den Kampf gegen den Katholizismus ein Ende bereiten helfen.

Es wäre mit einer großen Freude und Genugtuung, ich als bewußt katholischer und nationalsozialistischer Mensch meinen Teil zum religiösen Frieden in unterster Begeisterung hätte.

Die Lösung heißt: Unsere Religion ist Christentum. Unsere Politik ist Deutschland. Sie war Mächtiger und hat mir die Vereinbarkeit von Nationalsozialismus und Christentum zum Erlebnis gegeben. Diese Vereinbarkeit bin ich unerschrocken immer eingetragen. Sie meine Lebensaufgabe darin, junge Menschen zu einem bewußt katholischen und nationalsozialistischen Deutschen zu erziehen. Hell Hitler!

A. Körber
Dozent für katholische Religionswissenschaften und Katechet an der Hochschule für Lehrerbildung in Pasing.

Kulturlampf um eine Bedürfnisanstalt

Gibt es ein konfessionelles „W.C.“? Die „NSD. Rheinfront“ veröffentlicht die Anträge eines Rechtsanwalts aus Kirchheimbolanden in der Pfalz, in der dieser Rechtsanwalt im Auftrage der katholischen Kirchenverwaltung in Siegen die Forderungen stellt, daß im Grundbuch der Gemeinde Siegen die Rechte der Schüler der Oberschule, die zur Schule gehörig, aber auf kirchlichem Boden stehende Bedürfnisanstalt benutzt, gelöscht wird. Diese Maßnahme wird dann gründlich, daß die Benutzung der Bedürfnisanstalt nach langer angängiger Gewohnheit sei, als die Oberschule eine neue katholische Volksschule gewesen sei. Es wird damit Ausdruck gebracht, daß nach der Einführung der Gemeinschaftsschule die „katholische Bedürfnisanstalt“ nicht benutzt werden können.

Die „NSD. Rheinfront“ fragt in einem Kommentar, inwieweit durch die Benutzung der auf kirchlichem Boden stehenden Bedürfnisanstalt durch nichtkatholische Schüler in irgendeiner Weise religiöse Belange gefährdet werden.

Die Kurie erkennt das Imperium

Verleihung der „Goldenen Rose“ an die italienische Kaiserin.

Die von Pius XI. der Königin von Italien Kaiserin von Aethiopien verliehene „Goldene Rose“ nach einem Hochamt, dem daß italienische Herrscherin mit hohen Würdenträgern und Regierungsmitgliedern in der Schlosskapelle des Quirinals beiwohnte, von Giovanni Borgoncini Duca feierlich der Königin und Kaiser überreicht worden.

In einer besonderen Verleihungsurkunde, die Pius XI. dem Herrscherpaar überreicht hatte, wendet Pius XI. mehrmals an den König von Italien und Kaiser von Aethiopien, was als stilistische Auslehnung des italienischen Imperiums durch die Kurie gelten muß.

Schulaufnahme

Die Eltern, deren Kinder am 1. April schulpflichtig geworden sind, werden hiermit aufgefordert, die Kinder vom Schularzt untersuchen zu lassen. Die Untersuchung findet am Freitag, den 9. April, nachmittags um 3.30 Uhr im Vereinszimmer des Rathauses statt. Ohne vorherige ärztliche Untersuchung wird kein Kind in die Schule aufgenommen.

Die Schulaufnahme findet am Montag, den 12. April, um 10 Uhr statt.

Guter muth, Hauptlehrer

Preiswerte und ausgezeichnete Saatkartoffeln

von gesunden pommerschen Sandböden, treffen nächste Woche in Spangenberg ein.

Für die bewährten Sorten:

Flava, mittelfr. gelbfleischig
Voran, mittelsp. gelbfleischig
Ackersegen, mittelsp. gelbfleischig
Parnassia, mittelsp. weiß

nimmt noch sofortige Bestellungen entgegen:

Michael Oesle, Schnellrode

Das Schuttaladen in der Wiken-Ecke ist verboten. Spangenberg, den 3. April 1937.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde
Jenner.

Ich habe in der 1. Etage
am 1. Juli eine

Wohnung

3 Zimmer und Küche und ein Stück Garten zu vermieten.

Konrad Siebold
Unter-Neustadt

Drucksachen

lieferst billig und schnell

Buchdruckerei
Hugo Munzer

Übersicht der Impftermine im Kreise Melsungen für das Jahr 1937

Ort.	Impfort	Impflokal	Tag und Stunde der Impfung	der Nachschau
1	Melsungen-Stadt	Melsungen, Bürknerhaus	Freitag, 16. 4. 37, 11.30 Uhr	28. 4. 37, 11.30 Uhr
2	Melsungen-Land mit Obermelsungen	"	Freitag, 16. 4. 37, 15 Uhr	28. 4. 37, 15 Uhr
3	Schwarzenberg	"		
4	Wülfershausen	"		
5	Kirchhof	Gastwirtsh. Thielemann	Freitag, 16. 4. 37, 15.30 Uhr	28. 4. 37, 15.30 Uhr
6	Günsterode	Gastwirtsh. Obach	Freitag, 16. 4. 37, 16 Uhr	23. 4. 37, 16 Uhr
7	Kehrenbach	Schule	Freitag, 16. 4. 37, 17 Uhr	23. 4. 37, 17 Uhr
8	Heimelbach	Gastwirtsh. Ritter	Freitag, 16. 4. 37, 18 Uhr	23. 4. 37, 18 Uhr
9	Altmarschen	Gastwirtsh. Wiede	Dienstag, 27. 4. 37, 8 Uhr	4. 5. 37, 8 Uhr
10	Gubach	"	Dienstag, 27. 4. 37, 10 Uhr	4. 5. 37, 10 Uhr
11	Heina	"		
12	Neumorschen	Gastwirtsh. Horn	Dienstag, 27. 4. 37, 11 Uhr	4. 5. 37, 11 Uhr
13	Binsförth	"		
14	Wülfershausen	"		
15	Konnefeld	"		
16	Wülfershausen	Gastwirtsh. Kellner	Dienstag, 27. 4. 37, 12.30 Uhr	4. 5. 37, 12.30 Uhr
17	Dagobertshausen	Gastwirtsh. Landesfeind	Dienstag, 27. 4. 37, 13.30 Uhr	4. 5. 37, 13.30 Uhr
18	Östheim	"		
19	Hilgershausen mit Helmshausen	Gastwirtsh. Trieschmann	Dienstag, 27. 4. 37, 14.30 Uhr	4. 5. 37, 14.30 Uhr
20	Hilgershausen mit Heslerode	Gastwirtsh. Schröder	Dienstag, 27. 4. 37, 15 Uhr	4. 5. 37, 15 Uhr
21	Gensungen mit Melgershausen	Gastwirtsh. Kamm	Dienstag, 27. 4. 37, 17 Uhr	4. 5. 37, 17 Uhr
22	Hecklar	"		
23	Beuern	"		
24	Rhünda	"		
25	Körd mit Empershausen	Gastwirtsh. Meh	Dienstag, 11. 5. 37, 8 Uhr	18. 5. 37, 8 Uhr
26	Lobenhausen	"		
27	Wagenfurth	"		
28	Albshausen	Schule Albshausen	Dienstag, 11. 5. 37, 9.30 Uhr	18. 5. 37, 9.30 Uhr
29	Wollerode	"		
30	Guxhagen mit Grebenau	Gastwirtsh. Fehr	Dienstag, 11. 5. 37, 10.30 Uhr	18. 5. 37, 10.30 Uhr
31	Wülfershausen	"		
32	Neuenbrunslar mit Altenbrunslar	Gastwirtsh. Kilian	Dienstag, 11. 5. 37, 12.30 Uhr	18. 5. 37, 12.30 Uhr
33	Deute	"		
34	Wolfsershausen	"		
35	Felsberg mit Altenburg	Felsberg, Rathaus	Dienstag, 11. 5. 37, 15 Uhr	18. 5. 37, 15 Uhr
36	Böddiger	"		
37	Niedervorschütz	"		
38	Bohre	"		
39	Sarle mit Niedermöllrich	Gastwirtsh. Stiegliß	Dienstag, 11. 5. 37, 17 Uhr	18. 5. 37, 17 Uhr
40	Spangenberg mit Mörshausen	Spangenberg, Rathaus	Freitag, 30. 4. 37, 18.30 Uhr	7. 5. 37, 18.30 Uhr
41	Übersdorf	"		
42	Bergheim	"		
43	Schnellrode	"		
44	Kausis mit Herlesfeld	Gastwirtsh. Möller	Freitag, 30. 4. 37, 18 Uhr	7. 5. 37, 18 Uhr
45	Stolzhausen	"		
46	Landefeld	"		
47	Weselbach	"		
48	Pfieffe mit Bischöfrode	Schule Pfieffe	Freitag, 30. 4. 37, 17.30 Uhr	7. 5. 37, 17.30 Uhr
49	Wederode-D. mit Weidelbach	Schule Wederode	Freitag, 30. 4. 37, 18.30 Uhr	7. 5. 37, 18.30 Uhr

Melsungen, den 3. April 1937.

Der Landrat:
J. B. Meier.